



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP

zu „Steuern und Abgaben senken, damit das Leben im Norden bezahlbar bleibt“ (Drucksache 19/3713)

Entlastung für unsere Bürgerinnen und Bürger – jetzt und in Zukunft

Der Landtag wolle beschließen:

Um die steigenden Energiepreise abzufedern, hat die Bundesregierung steuerliche Entlastungen beschlossen. Rückwirkend zum Jahresbeginn steigen damit die Entfernungspauschale, der Grundfreibetrag und der Arbeitnehmerpauschbetrag.

Der Arbeitnehmerpauschbetrag bei der Einkommensteuer wird um 200 Euro auf 1.200 Euro angehoben, der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer steigt um 363 Euro auf 10.347 Euro und die Entfernungspauschale für Fernpendler wird befristet bis 2026 von 35 auf 38 Cent erhöht. Über die Mobilitätsprämie wird erstmalig die Entlastung auch auf Geringverdiener, die nicht von einer Entfernungspauschale profitieren, übertragen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass die Abschaffung der EEG-Umlage auf den 01.07.2022 vorgezogen wird.

Zudem bittet der Landtag die Landesregierung, sich auf Bundesebene für weitere signifikante Entlastungsmaßnahmen einzusetzen, die schnell wirken und auch über einen längeren Zeitraum die sozialen und wirtschaftlichen Folgen abfedern können. Gerade vor dem Hintergrund steigender Energiepreise soll die Energie- und Mobilitätswende nicht ausgebremst, sondern unterstützt werden.

Ole-Christopher Plambeck
und Fraktion

Beate Raudies
und Fraktion

Lasse Petersdotter
und Fraktion

Annabell Krämer
und Fraktion